

Kurzfristige Änderung der CO₂-Vorschriften

Bundesrat bestraft Autobranche für Elektromobilitäts-Erfolge

Bern, 24. November 2021

Mit der auf Anfang 2022 revidierten CO₂-Verordnung wirft der Bundesrat der Schweizer Automobilbranche mitten in der Chipkrise zusätzliche Knüppel zwischen die Beine. Für die Vereinigung Schweizer Automobil-Importeure auto-schweiz ist klar: Die kurzfristige Änderung der Vorschriften bezüglich der CO₂-Flottenberechnung neuer Personenwagen stellt eine zusätzliche Kostenbelastung für die gesamte Wirtschaft dar. Gleichzeitig wird die Streichung des Phasing-ins und der Spezialziele für Kleinserien- und Nischenhersteller keine Auswirkungen auf den effektiven CO₂-Ausstoss von Neuwagen haben – zumal im Oktober bereits jeder vierte neue Personenwagen über einen elektrischen Antrieb verfügte.

Wie der Bundesrat [heute bekanntgegeben hat](#), streicht er wenige Wochen vor dem Jahreswechsel das 95-prozentige Phasing-in für neue Personenwagen im Jahr 2022 aus der CO₂-Verordnung. Mit dieser Regelung wurde einst eine schrittweise Einführung der neuen CO₂-Zielwerte garantiert. Des Weiteren werden die ursprünglich von der Europäischen Union übernommenen Ziele für Kleinserien- und Nischenhersteller kurzfristig abgeschafft, obwohl sie in der EU weiterhin Gültigkeit haben. Beide Änderungen werden dabei kaum CO₂-senkende, sondern lediglich kostensteigernde Effekte haben, die schlussendlich die Kundinnen und Kunden bezahlen müssen. Kurzfristige Änderungen in lange erstellten Produktions- und Lieferplänen seitens der Hersteller sind kaum möglich – zumal die Chipkrise und der damit verbundene Mangel an Halbleiterprodukten bereits zu massiven Einschränkungen führen.

«Trotz der Ablehnung des teuren CO₂-Gesetzes an der Urne begibt sich der Bundesrat zurück auf den Pfad der Kostentreiberei», fasst auto-schweiz-Mediensprecher Christoph Wolnik den heutigen Entscheid zusammen. «Unsere Branche ist von den Folgen der COVID-19-Pandemie und des nun herrschenden Mangels an Mikrochips bereits stark betroffen. Die kurzfristige Änderung der CO₂-Vorschriften wird für die Gesamtwirtschaft bei der Fahrzeugbeschaffung noch einmal zu Mehrkosten führen, zusätzlich zu den Auswirkungen der Chipkrise.» Dabei habe Bundesrätin und Umweltministerin Simonetta Sommaruga nach dem Scheitern des CO₂-Gesetzes selbst betont, dass die künftige Klimapolitik ohne neue Abgaben und Verbote auskommen müsse, sondern eher Anreize zum klimafreundlichen Verhalten setzen wolle.

Einen stärkeren Anreiz für den Vertrieb elektrisch angetriebener Fahrzeuge kann Christoph Wolnik bei der kurzfristigen Verschärfung der CO₂-Vorschriften für neue Personenwagen hingegen nicht entdecken: «Im Oktober war jeder vierte Schweizer Neuwagen ein Elektroauto oder ein Plug-in-Hybrid. Damit haben die Importeure das ursprüngliche Marktziel der Roadmap Elektromobilität von 15 Prozent Steckerfahrzeugen im Jahr 2022 pulverisiert. Zum Dank für ihre Bemühungen bei der Verbreitung der Elektromobilität werden der Schweizer Autobranche in einer schwierigen Phase zusätzliche Knüppel zwischen die Beine geworfen.»

Weitere Auskünfte:

Christoph Wolnik, Mediensprecher

T 079 882 99 13

christoph.wolnik@auto.swiss